

116	9	Diesel
136	9	Benzin
138	9	Super
144	9	Super Plus

**Benzinpreis-Lotterie**  
Die im Burgenland für Konsumentenschutz zuständige LR Verena Dunst, sieht sich bestätigt: Die kürzlich erhobene Forderung von Wirtschaftsminister Mitterlehner, Benzinpreise nur einmal täglich umstellen zu dürfen, hat sie schon im Herbst 2008 erhoben. Mehr dazu: Seite 12

Im Burgenland werden 9 Mio. Euro in Garantie-Projekte investiert – S. 10

# Umfassende Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit



Impulse gegen Jugendarbeitslosigkeit im BUZ Neutal – v.l.n.r.: BM Rudolf Hundstorfer, LR Dr. Peter Rezar, BUZ-GF Gerhard Glöckl, Bgm. Erich Trummer und die Jugendlichen Ana Schostarits, Marvin Seifner, Lukas Minalkovits

*Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland,  
LAbg. Bgm. Ernst Schmid, und sein Team wünschen  
allen GemeindevertreterInnen einen schönen und erholsamen Sommer.*

## Kommentar



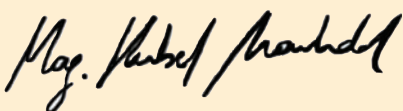
Mag. Herbert  
**MARHOLD**  
LGF  
GVV Burgenland

**Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**

Die derzeit vorliegenden Konzepte und Entwürfe zur Neugestaltung der Verpackungsverordnung bedeuten einen wesentlichen Eingriff in die Gemeindeautonomie. Insbesondere die Schaffung eines neuen gestärkten Monopols ohne ausreichende Kontrolle und Transparenz, das die Sammlung aller Verpackungen durchführen soll, bedeutet den Verlust der Mitgestaltung durch die Gemeinden. Eine Ausdünnung bewährter bürgernaher Sammelsysteme und Mehrkosten für die Kommunen sind zu erwarten. Der GVV Burgenland wird daher als größte burgenländische Interessensvertretung der Kommunen und ihrer MandatarInnen folgende Forderungen in Absprache mit den burgenländischen Abfallverbänden erheben: Erstens sollen Gemeinden/Gemeindeverbände die Verpackungssammlung organisieren und sollen damit Träger der Sammelinfrastruktur im Haushaltsbereich bleiben bzw. werden. Zum Zweiten soll es eine Finanzierungsverantwortung der Systeme für die Sammlung und Behandlung aller als Abfall anfallenden Verpackungen geben und schließlich wollen wir die Einrichtung einer rechtlich und faktisch unabhängigen Clearingstelle zur Abwicklung der Material- und Geldströme.

Diese Forderungen wollen wir in einer allfälligen Novellierung der Verpackungsverordnung berücksichtigt wissen, um weiterhin ein unabhängiges, nicht ausschließlich von der Wirtschaft kontrolliertes Sammelsystem zu gewährleisten. Ziel ist und bleibt es, ein optimales System für die Bürgerinnen und Bürger unserer Kommunen zu erhalten und weiter zu optimieren. Wir können als BurgenländerInnen zu Recht auf unser funktionierendes System der Abfallbeseitigung durch die Gemeindeverbände stolz sein und wir werden alles daran setzen, diese Systeme weiter zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen



Verpackungsverordnung „neu“ erregt Gemüter in Gemeinden

# Verpackungssammlung: Wo bleibt Verbesserung?

**Seit 1993 gibt es die Verpackungsverordnung (VVO). Sie regelt die Sammlung von Papier-, Glas-, Metall- und Kunststoffverpackungen. Die Verordnung erhebt grundsätzlich den Anspruch, abfallvermeidend zu wirken. Dieses Ziel wurde nicht erreicht.**

Die Mehrwegflasche ist bei Mineralwasser von 95 auf 24 % zurück gegangen. Allgemein wird der Verpackungsabfall immer mehr. Grundsätzlich erfolgt die Finanzierung der Sammlung und Verwertung von Verpackungen durch die Hersteller über eine Lizenzgebühr an die ARA (Altstoff Recycling Austria AG). Diese Lizenzgebühr wird in den Produktpreis eingerechnet und daher de facto vom Konsument beim Kauf des Produkts bezahlt. Die Lizenzierung der Hersteller funktioniert jedoch nicht zufriedenstellend, weil es „Trittbrettfahrer“ im System gibt, die ihre Mengen nicht oder nicht ausreichend melden und zu wenig zahlen. So fehlt das nötige Geld für alle im Umlauf befindlichen Verpackungsmengen, die Sammelbehälter sind nicht ausreichend dimensioniert und vieles landet im Restmüll. Ca. 160.000t an Verpackungen werden in Österreich über den Restmüll entsorgt und über die Müllgebühr finanziert, obwohl dafür die ARA und die Wirtschaft zuständig wären – und der Konsument zahlt praktisch zweimal.

Die ARA hatte bisher bei der Sammlung von Haushaltsverpackungen ein Monopol. Dieses Monopol wird nun geöffnet, auch andere Systeme sollen zugelassen werden. Die Verpackungsverordnung muss daher auch geändert werden. Städte- und Gemeindebund sowie die ARGE Abfallwirtschaftsverbände als kommunale Vertreter und Vertragspartner der ARA in der Sammlung der Verpackungen haben sich auf die Novellierung der VVO gründlich vorbereitet und ein gemeinsames Positionspapier ausgearbeitet, das folgende Forderungen enthält:

1. Flächendeckende getrennte Sammlung nur von stofflich verwertbaren Verpackungen.
2. Eindeutige Abgrenzung zwischen

Haushalts- und Gewerbeverpackungen.

3. Gemeinden/Gemeindeverbände organisieren die Verpackungssammlung und werden damit Träger der Sammelinfrastruktur im Haushaltsbereich.

4. Finanzierungsverantwortung der Systeme für die Sammlung und Behandlung aller anfallenden Verpackungen (gesamte Marktmenge).

5. Gemeinden/Gemeindeverbände haben Übergaberecht, Systeme haben Übernahmepflicht für die getrennt gesammelten Verpackungen.

6. Einrichtung einer unabhängigen Clearingstelle zur Koordination mehrerer Systeme im Haushaltsbereich.

7. Verpflichtung der Hersteller (In-Verkehr-Setzer) zur Teilnahme an einem System. Eindeutige und nachvollziehbare Lizenzierung.

Leider hat der Entwurf des Lebensministeriums zur VVO wesentliche Forderungen der kommunalen Vertreter nicht berücksichtigt. Der Entwurf scheint das derzeit bestehende Monopol noch zu stärken, Kontrolle und Transparenz sind nicht ausreichend, die Herstellerverantwortung ist zu unpräzise und die Mitgestaltungsmöglichkeit der Kommunen nicht gegeben. Es fehlen auch ökologische Ansätze zur Vermeidung und Verringerung von Verpackungsabfällen. Der Entwurf wurde daher abgelehnt und dies dem Minister in einem Brief auch mitgeteilt. Es ist wichtig, dass die Novelle zur VVO eine Verbesserung der Situation

bringt und alte Fehler vermieden werden.



**Johann JANISCH**  
Geschäftsführer  
Burgenländischer  
Müllverband



**Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**

Ich möchte unsere aktuelle Ausgabe der „Neuen Gemeinde“ daher dazu nutzen, um einige Fakten aufzuzählen und Gerüchte aus dem Weg zu räumen. Vor allem die finanzielle Situation in den Gemeinden Zurndorf, Strem und Oberwart hat die Gemüter erhitzt und medial ein schlechtes Licht auf die Gebarung in den burgenländischen Kommunen geworfen.

Die SPÖ Burgenland und ich als Präsident des GVV haben im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in der Gemeinde Oberwart, aber auch in Strem und Zurndorf, wiederholt volle Aufklärung verlangt. Und zwar nicht nur über die gemeinde-internen Vorkommnisse, sondern auch über die Rolle der Aufsichtsbehörde.

Faktum ist, dass der Fall Oberwart den vorläufigen Schlusspunkt einer Pannenserie der Gemeindeaufsicht bildet: In Zurndorf und in Strem hat die Gemeindeaufsicht zugeschaut, wie finanzieller Schaden in den Kommunen entstanden ist.

In Oberwart hat die Gemeindeaufsicht ihre Kontrollfunktion nicht wahrgenommen. Die letzte Prüfung der Gemeindegebarung fand 1996, also vor 13 Jahren statt. Dabei gibt es interne Richtlinien, wonach Gemeinden alle drei Jahre vor Ort zu prüfen sind. Der letzte Prüfbericht der Gemeindeaufsicht vom 30.12.1996 hat, wie aus einem Gemeinderatsprotokoll vom 19.3.1997 hervorgeht,

„Mängel“ in der wirtschaftlichen Gebarung aufgezeigt. Es stellt sich die Frage, warum die Gemeindeaufsichtsbehörde, obwohl von ihr selbst bereits 1996 Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden, 13 Jahre lang keine weitere Überprüfung der Gebarung vorgenommen hat?

Wenn jetzt von vielen Seiten der Rücktritt von Bgm. Pongracz gefordert wird, ist schon eines klar zu sagen:

1) Auch der Prüfungsausschuss der Gemeinde hat versagt. Hätte man den Rechnungsabschluss 2008 genau geprüft und mit der Rückstandsliste verglichen, so wäre aufgefallen, dass im RA 2008 2,4 Mio. und in der Rückstandsliste 5,7 Mio. Euro ausgewiesen werden. Diese Lücke zwischen RA und Rückstandsliste gibt es schon seit 1996 und sie hat sich immer weiter vergrößert. Warum hat niemand im Prüfungsausschuss diese Zustände aufgezeigt?

2) Bgm. Gerhard Pongracz hat, nachdem er Kenntnis über die undurchsichtigen Finanztransaktionen bekommen hat, sofort die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und das trotz eines „Nicht notwendig“ aus der Gemeindeabteilung.

Auch in den Fällen Strem und Zurndorf sind noch viele Fragen offen: Im Jahr 2008 war lang nicht klar, ob es für Spekulationsgeschäfte einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedarf oder nicht. Der Gemeindereferent des

**LAbg. Bgm.  
Ernst SCHMID**  
Präsident GVV Burgenland



Landes hat zunächst verschleiert – hier gab es eine Anfrage von mir am 19. 11. im Landtag –, dann abgewiegelt und erst auf Druck des GVV und der SPÖ eine Aufarbeitung zugelassen.

2008 dann der Fall Strem. Die Gemeinde ist mit einer Einwohnerzahl von knapp 1.000 mit über 7 Millionen Euro verschuldet und das unter den Augen der Gemeindeaufsichtsbehörde, die solche Fälle verhindern sollte. Auch die vieldiskutierte „Weisung“ von Steindls Büroleiter Steiner an die Gemeindeabteilung, im Fall von Strem weitere Kredite zu genehmigen, ist noch nicht restlos aufgeklärt.

Der GVV verlangt daher im Sinne aller Gemeinden eine volle Aufklärung über die Rolle der Gemeindeabteilung in diesen Fällen. Wir sind überzeugt, dass die Gemeinden eine effiziente Kontrolle brauchen, die ihnen begleitend zur Seite steht und die nötigen Rahmenbedingungen vorgibt!

Wir wollen, dass der Landesrechnungshof (LRH) in Zukunft eine stärkere Rolle bei der Gebarungsprüfung der Gemeinden übernimmt.

Wir haben mit dem LRH ein höchst effizientes Instrument, um die Gebarung des Landes zu kontrollieren. Was für das Land gilt, kann auch für die Gemeinden gelten. Die SPÖ hat daher im Landtag den Antrag gestellt, dass der Bund die Kompetenzen des LRH dahingehend aus-

weitet, dass er auch die Gemeinden prüfen kann und zwar auch ausgelagerte Unternehmen der Gemeinden, die derzeit nicht erfasst sind.

Die überwiegende Mehrheit der Gemeinden wirtschaftet professionell und verantwortungsvoll, und sie hat es nicht verdient, aufgrund der Versäumnisse der Gemeindeabteilung oder krimineller Einzeltäter in ein schiefes Licht gerückt zu werden. Fest steht aber auch, dass die Kommunen funktionierende Kontroll-, Service- und Beratungsinstitutionen haben müssen, auf die sie sich verlassen können.

Wir vom GVV fordern daher maximale Transparenz bei der Aufklärung der anhängigen Fälle. Und wir fordern Franz Steindl auf, für Ordnung in seiner Abteilung zu sorgen und auch dafür, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um eine lückenlose Aufklärung, auch über die Rolle der Gemeindeaufsicht, zu gewährleisten.

Euer

## Sicherheitsrisiko Fekter



„ÖVP-Innenministerin Fekter macht mit dem weiteren Abbau von Polizeipersonal im Burgenland ernst. Ihre Ankündigung einer SOKO Ost mit zusätzlichen 200 Beamten für die

**LAbg. Bgm. KO  
Christian Illedits**

Sicherheit in der Ostregion ist eine unverschämte Täuschung der Öffentlichkeit. In Wirklichkeit sollen mit 1. Juli 90 PolizistInnen aus dem Burgenland abgezogen werden“, ist SP-Klubchef LAbg. Christian Illedits über die Pläne Fekters erbost. Im Innenministerium sei die Entscheidung getroffen wor-

den, dass 200 Beamte aus mehreren Bundesländern nach Wien abgezogen werden – mit 90 BeamtInnen komme der größte personelle Aderlass auf das Burgenland zu, so Illedits: „Das ist angesichts dramatisch steigender Einbruchszahlen ein geradezu fahrlässiger Umgang mit den Sicherheitsbedürfnissen des Burgenlandes!“

# Post: Keine Einigung!

**Keine Einigung konnte kürzlich im Ministerrat bezüglich des neuen Postmarktgesetzes erzielt werden. Der Entwurf von Infrastrukturministerin Doris Bures wurde von der ÖVP abgelehnt und zwar auch das im Entwurf vorgesehene Mitspracherecht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. GVV-Präsident Schmid dazu: „Die von der ÖVP im Ministerrat verursachte Blockade des Postmarktgesetzes ist ein Anschlag auf den ländlichen Raum!“**

Schmid weiter: „Mit dieser Ablehnung hat die ÖVP dem Post-Management einen Freibrief für die geplante Postamtsschließungswelle ausgestellt. Weder die Ablehnung des Mitspracherechts der BürgermeisterInnen noch die Ablehnung eines Kollektivvertrags für Mitarbeiter in Post-Unternehmen ist verständlich.“

Fakten: Der Entwurf für das neue Gesetz soll faire Wettbewerbsbedingungen für die Liberalisierung des Postmarkts schaffen, außerdem wollte Ministerin Bures auch das geplante Aus für 300 Postämter, darunter 14 im Burgenland, durch ein verbindliches Mitspracherecht der Bürgermeister verhin-

dern. Konkret wurde – auch in der Stellungnahme des GVV Burgenland im Begutachtungsverfahren – gefordert, dass die mit 1. Juni 2009 noch bestehenden Postämter ohne Zustimmung der betreffenden Standortgemeinde nicht geschlossen werden dürfen.

Schmid dazu: „Mir ist nicht ganz klar, warum sich die ÖVP gegen dieses Mitspracherecht für die Bürgermeister querlegt. Im Österreichischen Gemeindebund wird jedenfalls das Mitspracherecht der BürgermeisterInnen hoch gehalten. Durch diese Blockade im Ministerrat nimmt man den Gemeinden das wirkungsvollste Instrument, sich gegen die einseitige Schließung von

Postämtern zu wehren. Wir können nicht in verschiedene Richtungen rudern. Im Österreichischen Gemeindebund muss – als Interessensvertretung der Kommunen und ihrer FunktionärInnen – jedenfalls klargestellt werden, dass die BürgermeisterInnen ein Mitspracherecht haben müssen. Entweder wir treten für die Interessen der Gemeinden ein oder für die Wirtschaft.“

Völlig unverständlich bleibt auch die ablehnende Haltung gegenüber einem Kollektivvertrag für Mitarbeiter in Post-Unternehmen. Schmid: „Wir können doch nicht, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise, ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen bei privaten Anbietern Tür und Tor öffnen. Die Gemeinden und andere Gebietskörperschaften bemühen sich, Beschäftigte aufzunehmen und ordentliche Löhne zu zahlen und dann wollen wir bei der Post Dumpinglöhne einführen! Das lehnen wir strikt ab!“



## In jeder Situation ein Vorteil, BEWAG Kunde zu sein.

ONLINE  
KUNDEN-  
CENTER  
JETZT  
ANMELDEN

**BEWAG**



# Kampf um Post geht weiter



**Gegen weitere Einschnitte bei der Post-Grundversorgung sprechen sich SPÖ und Post-Gewerkschaft aus. Bei einem Treffen von Klubobmann Christian Illedits (o.l.), dem Präsidenten des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbands, Ernst Schmid (o.r.), mit dem obersten Postgewerkschafter Gerhard Fritz (o.m.) wurde die gemeinsame Vorgangsweise beraten.**

„Die Post AG hält an ihrem Vorhaben, 14 Postämter im Burgenland zu streichen, fest. Über die betroffenen Gemeinden wird drübergefahren. Diese Vorgangsweise ist nicht akzeptabel. Das Burgenland hat zwischen 2000 und 2006 bereits 63 von 126 Postämtern verloren. Ein weiterer Abbau würde die Grundversorgung im ländlichen Raum gefährden“, kritisiert Klubchef Illedits das Management. GVV-Präsident Schmid warnt vor Arbeitsplatzverlusten: „Bund, Länder und Gemeinden bemühen sich angesichts der Wirtschaftskrise sehr um die Sicherung von Arbeitsplätzen – es kann nicht sein, dass gleichzeitig ein Staatsbetrieb Personal abbauen will.“

## Gefährdete Zustellbasen

Auch auf anderen Fronten gab es zuletzt Verunsicherung. Bis vor kurzem war geplant, in 24 österreichischen Zustellbezirken die Briefzustellung an Private auszulagern, im Burgenland wären die Zustellbasen Lackendorf und Oberpullendorf betroffen. Dieses Vor-

haben wurde zwar nun vom Vorstand vorläufig ausgesetzt, Entwarnung kann aber erst gegeben werden, wenn die Verhandlungen über den Kollektivvertrag abgeschlossen sind. „Würde die Auslagerung wie geplant umgesetzt, wären allein im Burgenland 40 Arbeitsplätze gefährdet – und natürlich auch die bisher gewohnte Versorgungsqualität“, warnt Klubchef Illedits.

Außerdem will die Post offenbar die Brief-Zustellbasis Jennersdorf in die benachbarte Steiermark abziehen. „Das würde über 20 weitere Arbeitsplätze gefährden. Große Teile der Paketzustellung für das südlichste Burgenland wurden ohnehin bereits in die Steiermark abgesiedelt. Der Bezirk Jennersdorf darf nicht weiter geschwächt werden. An der am Standort Jennersdorf nötigen Investition von rund 100.000 Euro darf es nicht scheitern“, weist Illedits auf einen weiteren Problemfall in Sachen Post hin.

SPÖ und GVV halten es für „grundsätzlich falsch“, dass sich die Post AG nicht mit Offensivstrategien, sondern

mit Kürzungskonzepten auf die Liberalisierung vorbereitet: „Das Management reduziert Belegschaft, Geschäftsfelder und die Filialstruktur – und gräbt damit dem eigenen Unternehmen die Existenzbasis ab. Die Zeche zahlen die Mitarbeiter und die Bevölkerung.“

## Dividenden beschlossen

Besonders ärgert die Sozialdemokraten, dass die Post AG die Ausschüttung von rund 175 Millionen Euro an Dividenden beschlossen hat – 90 Millionen davon kassiert der Finanzminister.

## Forderungen an die Post

Die Forderungen der SPÖ, des GVV und der Post-Gewerkschaft an das Post-Management:

→ Pröll muss handeln: Der Finanzminister soll als für die ÖIAG zuständiges Regierungsmitglied die Notbremse ziehen. Er muss die nötigen Mittel bereitstellen, um die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen langfristig zu finanzieren. Vorschlag der Gewerkschaft: Der Finanzminister soll die Dividendeneinnahmen des Bundes als Strukturkostenbeitrag im Unternehmen lassen und das mit dem Auftrag zum Erhalt des Filialnetzes verknüpfen.

→ Allianz mit den Bürgern: Die Bevölkerung wird in den Protest gegen den Kürzungskurs des Post-Managements einbezogen. SPÖ und GVV haben in den betroffenen Gemeinden zur Durchführung von Unterschriftenaktionen eingeladen. „Bislang haben sich bereits rund 4.200 Menschen beteiligt. Unsere Aktion wird fortgesetzt – wir werden dem Post-Vorstand und dem Finanzminister ein dickes Paket mit Unterschriften zukommen lassen“, so GVV-Präsident Schmid und Klubchef Illedits. ◆

# HS Lackenbach: Neue Aufgaben



LR Rezar mit Bgm. Dorner in Lackenbach

**Eine neue Funktion bekommt die Hauptschule in Lackenbach. Aus dem derzeit leer stehenden Gebäude wird ein Altenwohn- und Pflegeheim.**

28 Betten werden künftig älteren und pflegebedürftigen Personen zur Verfügung stehen. Die für einen finanziell erfolgreichen Betrieb wichtige Tagsatzvereinbarung seitens des Landes wurde bereits zugesagt. Soziallandesrat Dr. Peter Rezar: „Nach einer Reihe von Ideen für die Hauptschule profitiert nun die ältere Generation von dieser Lösung, denn der Bedarf an Altenwohn- und Pflegeheimen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Es ist schön, dass das Gebäude wieder sinnvoll mit Leben erfüllt wird.“

Mit einer Siedlungsgenossenschaft, die die alte Hauptschule adaptieren und umbauen soll, und einer Betreibergesellschaft wurde bereits Kontakt aufgenommen. Ziel ist, im Herbst 2009 mit dem Umbau zu starten.

Die demographische Entwicklung – verbunden mit Pflege, Betreuung und medizinischer Versorgung – ist eines der zentralen gesellschaftlichen Zukunftsthemen. Das Burgenland steht hier vor einer besonderen Herausforderung, denn laut einer Studie wird die Zahl der über 75jährigen von derzeit 8 % bis zum Jahr 2050 auf über 20 % steigen.

„Um eine optimale Versorgung der älteren Generation zu gewährleisten, wurden deshalb in den vergangenen zehn Jahren 20 neue Altenwohn- und Pflegeheime mit 600 neuen Betten errichtet. Nunmehr gibt es landesweit insgesamt 40 derartige Einrichtungen“, unterstreicht Rezar.

# Pflegeheim Neudörfel

**In Neudörfel erfolgte am 8. Juni mit dem Spatenstich der offizielle Startschuss für den teilweisen Neubau des Pflegeheims.**

Das Investitionsvolumen beträgt rund 15 Millionen Euro und wird von VAMED unter Mitwirkung der Oberwarther Siedlungsgenossenschaft realisiert. Die Fertigstellung ist für August 2011 geplant. Zukünftig wird das Pflegeheim über 40 Betten im Demenzbereich, 70 Betten für allgemeine Pflege, 10 Betten für sozialpsychiatrische Rehabilitation, 20 Betten für psychiatrische Dauerbewohner und 10 Betten für Bewohner mit Alkoholkrankungen beherbergen. Darüber hinaus werden 12 Tagesbetreuungsplätze sowie eine „Memory Clinic“ zur differenzialdiagnostischen Abklärung dementieller Erkrankungen installiert.

Dazu Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar: „Mit dem Spatenstich in Neudörfel setzen wir einen wichtigen gesundheitspolitischen Schritt in die richtige Richtung.“

Im September des Vorjahres wurde



Spatenstich zum teilweisen Neubau des Pflegeheims in Neudörfel an der Leitha.

vom Land Burgenland und der KRAGES beschlossen, das bestehende Pflegeheim in Neudörfel gemeinsam mit der VAMED als privatem Partner zu betreiben und entsprechend den Anforderungen für ein modernes Pflegeheim weiterzuentwickeln. Dazu wurde die PPP-Gesellschaft „Burgenländische Pflegeheim Betriebs-GmbH“ gegründet, die die VAMED mit der Gesamtbetriebsführung des Pflegeheims beauftragte.

Erklärtes Ziel dieser Kooperation ist es, neue Pflegekonzepte und -philoso-

phien mit dem Schwerpunkt „Pflege dementer Bewohner, sozialpsychiatrischer und alkoholkranker Bewohner sowie psychiatrischer Dauerbewohner“ umzusetzen. Dies verlangt auch die nunmehr gestartete bauliche Weiterentwicklung des Standorts, wobei insgesamt 150 Pflegebetten neu- bzw. umgebaut werden. Das besondere Augenmerk liegt bei der Realisierung auf der Umsetzung eines bewohner- sowie mitarbeiterfreundlichen und zeitgemäßen modernen Standards.



# Gegen burn out: Sonnenpark Rust

**Für ein weiteres wichtiges Projekt im burgenländischen Gesundheitswesen wurde kürzlich offiziell der Grundstein gelegt. Die Freistadt Rust wird ab Herbst 2010 das Rehabilitationszentrum Sonnenpark Neusiedlersee beheimaten.**

eine Rehabilitationseinrichtung für den gesamten ostösterreichischen Raum geschaffen", ist Landeshauptmann Hans Niessl, der sich gemeinsam mit Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar maßgeblich für das Projekt eingesetzt hat, sicher.

„Menschen mit psychischen Erkrankungen genauso zu betreuen und zu versorgen wie Menschen mit körperlichen Erkrankungen ist ein wichtiges Ziel, nicht nur der burgenländischen, sondern auch der gesamtösterreichischen Gesundheitspolitik. Diese Versorgung wird hier flächendeckend, modern und effizient angeboten werden", betont Rezar, der die berufliche Reintegration von Menschen mit solchen Erkrankungen als Hauptziel der neuen Einrichtung nennt.

Betreiben wird die neue Einrichtung der österreichische Dachverband der Vereine und Gesellschaften für psychische und soziale Gesundheit, „pro mente". Der stellvertretende Obmann von „pro mente Austria", Univ.-Prof. Dr. Karl Dantendorfer, lobt das Projekt und das Gesundheitswesen im Burgenland: „Heute ist so was wie ein Höhepunkt. Wir haben gemeinsam – der Landeshauptmann, der Gesundheitslandesrat und ich – schon viele Einrichtungen eröffnet, und wir haben es in den letzten Jahren geschafft, im Burgenland die österreichweit beste ambulante Versorgung aufzubauen. Also aus einem Rückstand einen Vorsprung zu machen."

Ein wichtiger Aspekt sei auch die Offenheit, mit der der Bürgermeister und der Gemeinderat von Rust diesem Projekt gegenüber stehen.

Das Pilotprojekt des Rehabilitations-Zentrums, das derzeit in Podersdorf angesiedelt ist, wird mit der Fertigstellung des neuen Gebäudes nach Rust übersiedeln. Geführt wird das Zentrum als Hotel mit selbständigem Ambulato-

Sterne-Hotel wird über 100 Betten auf drei Geschossen verfügen. Jeweils 20 Zimmern ist eine gemeinsame überdachte Terrasse mit Abgang zum Garten zugeordnet. Ingesamt stehen für den Hotel- und Therapie-Betrieb 6.850 m<sup>2</sup> Nutzfläche zur Verfügung. Die Lage an der Bundesstraße LB 52 bei der Orts-einfahrt aus Richtung Mörbisch bietet einen schönen Blick auf den Neusiedler See.

Zielgruppe für das Reha-Zentrum sind Menschen mit psychosozialen Erkrankungen aller Art, beispielsweise burn out. Ähnliche Einrichtungen gibt es bisher nur in Bad Hall und Klagenfurt, die ebenfalls von „pro mente" betrieben werden. Dessen Obmann, Univ.-Doz. Prim. Dr. Werner Schöny, betont die Notwendigkeit der neuen Einrichtung: „Es besteht ein dringender Bedarf, die vorhandenen Reha-Plätze aufzustocken." So seien psychische Erkrankungen bereits zu 42 % der

Grund von Frühpensionierungen von Angestellten, bei Arbeitern seien es immerhin 29 %. Somit sei das bereits der zweithäufigste Grund für eine frühzeitige Pensionierung und damit ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Durch das Rehabilitationszentrum werden in Rust etwa 100 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Ein Aspekt, den auch Landeshauptmann Niessl hervorhebt: „Wir fördern Rehabilitations-einrichtungen aus gesundheitspolitischen, aber auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, weil hier gut bezahlte, langfristige und nachhaltige Arbeitsplätze entstehen." Daneben gebe es natürlich noch eine zusätzliche Wertschöpfung im Bereich Tourismus für die Stadt Rust und die gesamte Region. Das begrüßt auch Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Michaela Resetar: „Der Gesundheitstourismus ist ein ganz wichtiges Standbein im Burgenland, weil wir dadurch sehr viel Wertschöpfung lukrieren können. Mit diesem Reha-Zentrum wird eine ganz hochwertige Einrichtung geschaffen."

Errichtet wird die neue Einrichtung von der VAMED – bei Gesamtkosten von 19 Millionen Euro. Die WiBAG fördert das Projekt mit knapp vier Millionen Euro. Erwartet wird ein Jahresumsatz von zirka 5,5 Millionen Euro. Die Eröffnung ist für Herbst 2010 geplant.



Grundsteinlegung für das Reha-Zentrum Sonnenpark Neusiedlersee in Rust.

## Bieler: Investitionen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten 1,7 Mio. für Ausbau von B50 und L229

**Das Land Burgenland investiert in Oberpullendorf insgesamt 1,7 Millionen Euro in den Straßenbau, um B50 und L229 in diesem Bereich auf den neuesten Stand der Verkehrssicherheit und -technik zu bringen und um das Erscheinungsbild insgesamt zu verbessern. Anfang Juni war Baubeginn ...**

Bereits vor vier Monaten hat die Straßenverwaltung Brückenbauarbeiten in Oberpullendorf in Angriff genommen. Mit einem Kostenaufwand von 500.000,- Euro wurde die Stooberbachbrücke neu errichtet. Nun schließen umfangreiche Straßenbauarbeiten an, betont Straßenbau-LR Helmut Bieler.

Das Baulos an der B 50 umfaßt eine Länge von 1,4 km und wird auf eine Fahrbahnbreite von 6,50 m umgebaut. Die alten Randsteine werden dabei zur Gänze entfernt und die bestehenden Entwässerungseinrichtungen erneuert. Nach Abfräsung der alten Asphaltierung wird eine neue Asphaltdeckschicht aufgebracht. In Teilbereichen ist ein kompletter Vollausbau notwendig. Die Arbeiten werden jeweils halbseitig durchgeführt.

Auf die beiden Kreuzungen im Baulosbereich – die „Spitalskreuzung“ und den Kreisverkehr B50/B61 – legt die Straßenverwaltung besonderes Augenmerk und bemüht sich sehr, die Verkehrsbehinderungen so gering wie nur möglich zu halten.

So wird insbesondere im Bereich der „Spitalskreuzung“ der Verkehr für 3 bis 4 Tage stundenweise über Gemeindestraßen umgeleitet und die Asphaltierungsarbeiten in die Nacht verlegt.

Ein neuer Kreisverkehr im Bereich Augasse wird den Verkehr künftig flüssiger gestalten, so die Intentionen des Straßenbauressorts.

Zusätzlich zur neuen Fahrbahngestaltung sollen im Zusammenwirken mit der Gemeinde die beidseitig der Fahrbahn bestehenden Gehwege, Radwege und Parkflächen saniert, teilweise neu geschaffen und mit einem neuen Belag versehen werden.

Die Kosten für die Baumaßnahmen an der B 50 betragen für das Land 900.000,- Euro.

Auf der Landesstraße L 229 (Großwarasdorfer Straße) machen Fahrbahnschäden in einem Bereich von rund 650 m eine Generalsanierung um rund 300.000,- Euro erforderlich, nachdem die Stadtgemeinde im Jahr 2008 einen neuen Oberflächenkanal verlegt hatte.

In bestimmten Teilbereichen ist



LR Helmut Bieler

darüber hinaus ein Verkehrssicherheitsumbau vorgesehen, erklärt Landesrat Bieler. So wird am Ortsbeginn (von Großwarasdorf kommend) ein Fahrbahnteiler errichtet und im Kreuzungsbereich mit der „Spitalszufahrt“ eine Querungshilfe für Fußgänger hergestellt. Die bestehende Bushaltestelle nahe dem Krankenhaus wird für die Fahrgäste ebenfalls verbessert, und im Bereich der Haydnsschule werden zusätzliche Parkplätze geschaffen.

Der Bauzeitplan sieht die Gesamtfertigstellung inklusive aller Nebenanlagen bis Ende September 2009 vor, wobei die Arbeiten an der Landesstraße L 229 bereits im Juli fertig sind. Die Gesamtherstellungskosten für die Baumaßnahmen in Oberpullendorf beziffert Landesrat Bieler mit 1,7 Mio. Euro.



### GEMEINDEZENTRUM DT. KALTENBRUNN

Innerhalb eines Jahres errichtete die OSG das architektonisch sehr anspruchsvolle neue Gemeindezentrum in Deutsch Kaltenbrunn. Offiziell eröffnet wurde das Gemeindezentrum kürzlich in Anwesenheit von LH Hans Niessl (3. v. l.) und GVV-Präsident Ernst Schmid (2. v. r.). Das Investitionsvolumen betrug 1,5 Mio. Euro.





# Budapest MADONNA live in concert

22. – 23.08.2009 (SA/SO)

**149.-**

**Leistungen:**

Busfahrt mit modernem Reisebus  
 halbtägige Stadtführung mit Reiseleitung  
 Eintrittskarte zum Madonna Konzert

1 x NF im 4-Sterne Hotel in Budapest  
 Bustransfer zum Konzert

**Unterkunft:** Best Western Hotel Hungaria \*\*\*\*

Hotel in bester zentraler Lage und 2 Metrostationen zum Konzertort, Metrostation direkt vor dem Hotel,  
[www.danubius-hotels.com](http://www.danubius-hotels.com)

**Samstag, 22.08.2009**

06.00 Sammelfahrt durchs Burgenland auf der B 57 – Hotelbezug 13.00 3-std. Stadtbesichtigung mit Reiseleitung  
 18.30 Transfer zum Konzert

**Sonntag, 23.08.2009**

Frühstücksbuffet zwischen 07.00 und 10.00 Am Vormittag Zeit zur freien Verfügung 13.00 Rückreise nach Wien

**INFOS:** Madonna tritt diesmal in Österreich nicht auf. Begrenztes Kartenkontingent!

**ANMELDUNGEN** unter [www.grandtours.at](http://www.grandtours.at) oder 03358/2033

# Berlin 11.-13.09.2009 (FR.-SO.)

**Hinflug:** ab Wien am FR um 06.40 an Berlin um 07.55  
**Rückflug:** ab Berlin am SO um 15.15 an Wien um 16.30

**Unterkunft:** Hotel Express\*\*\* beim Potsdamerplatz (Beste Lage!)

**Leistungen:**

- Direktflug mit der AIR BERLIN
- Alle Flughafentaxen und Gebühren
- Bustransfer Flughafen – Hotel , Hotel – Flughafen
- 2 x NF im Hotel

**Preis:** **279.-**

Einbettzimmer: 33.-€/Nacht

# HAMBURG 18.-20.09.2009 (Fr.-So.)

**Hinflug:** 18.09. ab Wien um 08.30 an Hamburg 10.00  
**Rückflug:** 20.09. ab Hamburg um 19.00 an Wien 20.30

**Unterkunft:** Hotel Holiday Inn \*\*\*\* [www.holiday-inn.com/hamburg](http://www.holiday-inn.com/hamburg)

**Leistungen:**

- Direktflug Wien - Hamburg - Wien mit Air Berlin
- Alle Flughafentaxen und Gebühren
- 2 x Nächtigung/Frühstück (Buffet)  
 im 4-Sterne-Hotel Holiday Inn
- Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen mit Reiseleitung

**Preis:** **299.-**

Einbettzi.: € 38.-/Nacht



A-7552 Stinatz Waldgasse 1  
 Tel: +43 (0)3358-2033 Fax: -3388

# Arbeitslose Jugend: Ausbildungsgarantie

**Sozialminister Hundstorfer und Soziallandesrat Rezar stellen in Neutal ein Maßnahmenpaket gegen Jugendarbeitslosigkeit vor.**

Sozialminister Rudolf Hundstorfer besuchte das Burgenländische Schulungszentrum (BUZ) in Neutal. Gemeinsam mit Soziallandesrat Dr. Peter Rezar erneuerte der Bundesminister die Ausbildungsgarantie für Jugendliche und stellte das gemeinsame Maßnahmenpaket gegen Jugendarbeitslosigkeit vor.

Das Paket stützt sich auf zwei Säulen: Die Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahren und die Aktion Zukunft Jugend, eine Arbeitsplatz- oder Ausbildungsgarantie für Jugendliche zwischen 19 und 24 Jahren. Für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stellt die Bundesregierung insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung. Das Land Burgenland hat auf Initiative von Landeshauptmann Hans Niessl gemeinsam mit den Sozialpartnern bereits ein Jugendbeschäftigungspaket ausgearbeitet. „Die Landesregierung hätte diese Maßnahmen ohne Unterstützung durch Bundesminister Hundstorfer nicht umsetzen können. Der Bundesminister stellt dem Arbeitsmarktservice so viel Geld wie noch nie zur Verfügung: Über mehr als eine Milliarde Euro verfügt das AMS österreichweit, das burgenländische Arbeitsmarktservice erhält 33 Millionen Euro“, so Soziallandesrat Dr. Peter Rezar.

„Ohne die Unterstützung der Bundesländer wären die Ausbildungsgaran-

tien nicht möglich. Gerade das Burgenland ist da gut unterwegs“, gibt Sozialminister Hundstorfer das Lob zurück und erklärt weiter: „Am Arbeitsmarkt ist keine Schönwetterpolitik angesagt. Wir haben noch eine schwierige Situation vor uns, aber wir bemühen uns, das einzudämmen“, so der Minister.

## Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahren

Jugendliche bis 18 Jahren erhalten nach Beendigung der Schulpflicht, sofern sie keine betriebliche Lehrstelle finden, eine Facharbeiterausbildung nach dem BAG (Berufsausbildungsgesetz). Landesrat Dr. Rezar: „Wir haben uns in einem ersten Schwerpunkt darauf geeinigt, die Ausbildungsplätze für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren quantitativ zu erhöhen. Damit garantieren wir, dass ab Herbst kein einziger Jugendlicher im Burgenland ohne Ausbildungsplatz dasteht.“ Die Zahl der Ausbildungsplätze soll von derzeit 419 auf 502 erhöht werden. Die Kosten der Aktion werden mit 4,8 Millionen Euro beziffert.

Geschaffen werden diese Arbeitsplätze unter anderem in Lehrwerkstätten – derzeit gibt es bereits 13 Lehrwerkstätten im Burgenland – wie dem BUZ in Neutal. Derzeit werden knapp 8.000 Lehrlinge österreichweit in überbetrieblichen Lehrwerkstätten ausgebildet. Bis Herbst will Sozialminister Hundstorfer das Angebot auf 12.000 Stellen erhöhen. „Wir haben zum Glück einige solche Einrichtungen

in Österreich. Ich bin immer wieder erstaunt, über das persönliche Engagement mit dem diese Einrichtungen betrieben werden. Ohne diese Ausbildungseinrichtungen würde es nicht gehen“, so der Minister auch mit Blick auf das BUZ in Neutal.

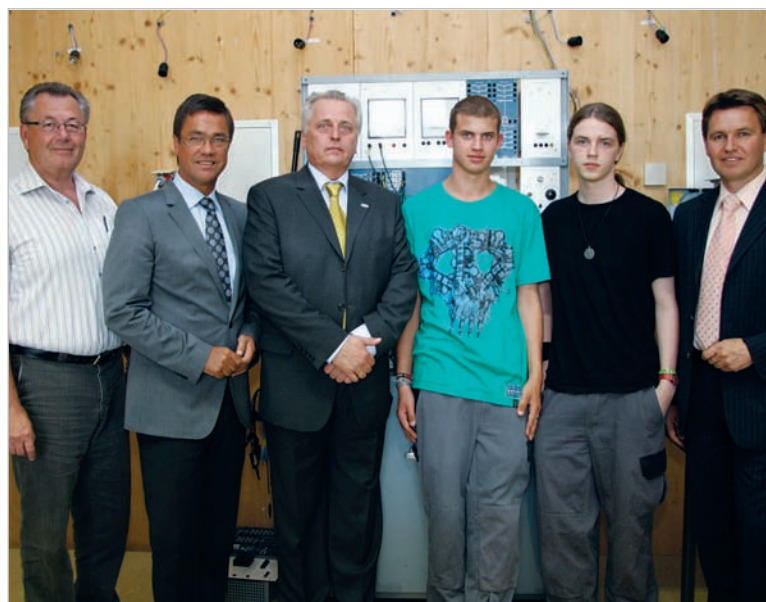
Bundesminister Hundstorfer: „Wir sind hier sehr gut unterwegs. Wir werden die Garantie einhalten. Es wird keinen Lehrplatz in Österreich geben, der nicht gefördert ist.“ Das seien in Österreich rund 127.000 Lehrplätze, die monatlich mit 230 Euro gefördert werden. Ausgenommen von der Förderung seien natürlich Lehrplätze, die von vornherein von der öffentlichen Hand geschaffen werden. Insgesamt investiere der Bund 357,1 Millionen Euro in die Lehrstellenförderung, um 23,4 Millionen mehr als im Vorjahr.

## Aktion Zukunft Jugend

Mit der Aktion Zukunft Jugend garantiert die Bundesregierung allen jugendlichen Arbeitslosen zwischen 19 und 24 Jahren innerhalb von sechs Monaten ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine zielgerichtete Schulung oder eine geförderte Beschäftigung. Insgesamt stehen für diese Aktion österreichweit 120 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Burgenland werden für diese Zielgruppe vier Ausbildungszweige angeboten. Im Rahmen der Initiative „Reif für den Job“ wird 50 jungen Burgenländern mit abgeschlossener Pflichtschule und Facharbeiterausbildung angeboten, die Matura nachzuholen. Dafür werden insgesamt 250.000 Euro aufgewendet. Das AMS wird eine Jugendstiftung ausarbeiten, die Jugendlichen den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Die Kosten für 100 Plätze betragen 600.000 Euro, von denen das Land die Hälfte aufbringt. 200 Jugendlichen werden 19 verschiedene AMS-Kurse angeboten. Kostenpunkt: 800.000 Euro. Jugendlichen mit abgebrochener Schul- und Berufsausbildung wird im Rahmen von „Jobtimismus“ eine zweite Chance geboten. Sie können eine 18 Monate dauernde Facharbeiterintensivausbildung absolvieren. Die Maßnahme für 120 Jugendliche kostet insgesamt rund 2,8 Millionen Euro. Die Ausbildungskosten von 1,5 Millionen Euro übernimmt das Land, die Lebenshaltungskosten das AMS.

(v.l.n.r.): BUZ-GF  
Gerhard Glöckl,  
LR Dr. Peter Rezar,  
BM Rudolf Hundstorfer,  
René Krois,  
Dominik Koller,  
Bgm. Erich Trummer





**GVV-Schmid: Wir gratulieren Werner Friedl zu seinem tollen Wahlerfolg**

# Zurndorf: SPÖ-Bürgermeister

**Mit dem fulminanten Wahlsieg von SPÖ-Bürgermeisterkandidat Werner Friedl bei der Bürgermeisterwahl in Zurndorf baut die SPÖ ihre Position als Bürgermeisterpartei Nr. 1 des Landes aus. Damit hält die SPÖ bei 89 von 171 Bürgermeistersesseln.**

von Zurndorf auch entsprechend hono-

*v.l.n.r.: GVV-Präsident Ernst Schmid, Neo-Bürgermeister Werner Friedl und Landeshauptmann Hans Niessl*

GVV-Präsident Schmid: „Werner Friedl hat schon in den letzten Jahren tolle Arbeit geleistet und die SPÖ konnte bei der Gemeinderatswahl 2007 in Zurndorf wieder die Mandatsmehrheit erringen. Der Bürgermeistersessel ist jetzt der Lohn für Friedls hervorragende Kommunalarbeit.“

Werner Friedl schaffte mit der SPÖ bei den Gemeinderatswahlen 2007 in Zurndorf die Wende und die SPÖ wurde wieder stimmen- und mandatsstärkste Partei in der nordburgenländischen Gemeinde. Bei den nun abgehaltenen Bürgermeisterwahlen in Zurndorf, die durch den Wechsel von Werner Falb-Meixner in die Landesregierung notwendig wurden, erreichte Friedl 58,6% der Stimmen und gewann damit die Wahl klar vor seinen MitbewerberInnen von der FPÖ und der ÖVP.

GVV-Präsident Schmid: „Ich gratuliere dem neu gewählten Bürgermeister und seinem Team zum großartigen Wahlerfolg. Auch für den GVV ist dieser Sieg von hoher Bedeutung, da wir nun wieder bei einem Stand von 90 Mitgliedsgemeinden halten. Damit sind wir wieder mit einigem Abstand die



größte kommunale Interessensvertretung des Landes.“

Schmid abschließend: “Mit großem Einsatz, einer bürgernahen Politik und zukunftsorientierten Ideen kann man in der Kommunalpolitik immer punkten, Das haben die Wählerinnen und Wähler

riert. Die Fehler, die in der Vergangenheit in Zurndorf gemacht wurden, haben die Bevölkerung offensichtlich ebenfalls bestärkt, der ÖVP eine Absage zu erteilen und den SPÖ-Kandidaten in diesem hohen Ausmaß zu wählen.”

*Abgetreten: Heinz Mock*



## SPÖ Eisenstadt: Neuer Vizebürgermeister

Der Vizebürgermeister von Eisenstadt, Heinz Mock (SPÖ), legt sein Amt aus persönlichen Gründen nieder. Mock war seit 1997 im Gemeinderat vertreten; Seit 2002 war er SPÖ-Vizebürgermeister. Mocks politische Laufbahn erstreckt sich vom Obmann-Stellvertreter im Bauausschuss über Obmann des Prüfungsausschusses bis hin zum Eisenstädter Stadtrat. Zudem übte er die Funktionen als Obmann der SPÖ Eisenstadt, Obmann des ASKÖ Eisenstadt und Obmann-Stellvertreter der Naturfreunde Eisenstadt aus. Neben seinem Vizebürgermeisteramt ist Mock auch als Mitglied im Senat und Mitglied im Finanzausschuss vertreten.

Neuer Vizebürgermeister von Eisenstadt wird der bisherige Stadtrat und Parteiobmann der SPÖ Eisenstadt, Günther Kovacs.

# LR<sup>in</sup> Dunst: Schluss mit Benzinpreis-Lotterie!

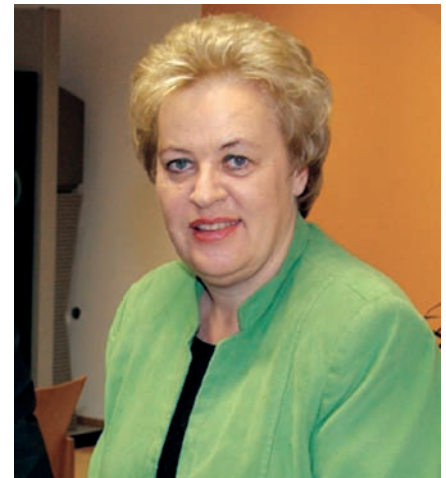
**Bereits im September 2008 forderte LR<sup>in</sup> Verena Dunst: „Schluss mit der Lotterie bei den Benzinpreisen!“**

Konsumentenschutzlandesrätin Verena Dunst sagte bezüglich der kürzlich erhobenen Forderung von BM Reinhold Mitterlehner nach mehr Transparenz an der Zapfsäule: „Eine mehr als berechnete Forderung, bisschen spät, aber besser spät als gar nicht, denn diesen Konsumentenwunsch habe ich bereits im September des Vorjahres an den Vorgänger des Herrn Bundesminister gerichtet.“

Vorigen September schlug die Landesrätin bereits vor, Tankstellen zu

verpflichten, über den Zeitpunkt von Preisänderungen Buch zu führen. In Anlehnung an § 5 Preisgesetz könnte bei Bestehen eines Verdachtes ungewöhnlicher Preisänderungen ein Prüfverfahren vorgesehen werden. Für den Fall, dass bei Tankstellen ungewöhnliche Preisänderungen festgestellt werden, die aufgrund ihrer Häufigkeit zur Irreführung von Konsumentinnen und Konsumenten führen können und die nicht auf internationale Preisentwicklungen zurückzuführen sind, sollte eine Verordnungsermächtigung aufgenommen werden, aufgrund derer für einen bestimmten Zeitraum eine Höchstanzahl zulässiger täglicher Preisänderungen verordnet werden kann.

Landesrätin Dunst: „Das Buch-



Landesrätin Verena Dunst

führen über die Preisänderungen durch die Tankstellen könnte im Rahmen des Preisauszeichnungskontrollprogramms mit überprüft werden, was einen zusätzlichen präventiv wirkenden Effekt entfalten würde. Ich hoffe, dass meine damalige Initiative umgesetzt wird. ♦



**WIR PRODUZIEREN**

**ZEITUNGEN  
MAGAZINE  
FILME  
WERBUNG  
PUBLIC RELATIONS  
SONDERPROJEKTE  
WEBSOLUTIONS**

für

- ◆ Städte + Gemeinden
- ◆ Verbände + Vereine
- ◆ Gewerbe + Handel + Industrie

**MEDIA & MARKETING  
M.+I. Murczek OEG  
2491 Neufeld • Lisztg. 2  
02624 / 52 10 25  
0676 / 610 62 97  
murczek@aon.at**

## Sicherheit schenken

Der Samariterbund Burgenland schenkt allen noch vor Ferienbeginn ein besonderes Paket: Für all jene, die sich bis 30. Juni anmelden, entfällt die Anschlussgebühr sowie ein ganzer Monat Betriebsgebühr.

„Wir freuen uns sehr, dass der Heimnotruf seit Ende letzten Jahres mit so großem Erfolg läuft und wir immer mehr Gemeinden versorgen können. Oft entscheiden nur wenige Sekunden über Leben oder Tod. Je schneller Hilfe gerufen werden kann, desto eher können lebensrettende Maßnahmen erfolgen. Mit dieser Sonderaktion hoffen wir all jene, die bis jetzt noch gezögert haben, von unserem Sicherheitservice zu überzeugen“, erklärt Landesgeschäftsführer Mag. Wolfgang Dihanits.

Derzeit wird der Heimnotruf in den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt, Eisenstadt-Umgebung, Mattersburg und Oberpullendorf angeboten. Mit dem Pflegekompetenzzentrum Olbendorf und dem Seniorenzentrum in Strem erfolgt in Kürze die Erschließung der Bezirke Oberwart und Güssing.

Und so funktioniert der Heimnotruf: Bei einem Notfall wird durch einen einfachen Knopfdruck auf den Sender,

der entweder ums Handgelenk oder um den Hals getragen wird, Alarm ausgelöst und automatisch eine Sprechverbindung zur Leitstelle hergestellt. Erfahrene MitarbeiterInnen, die sofortigen Zugriff auf die wesentlichen Daten des Kunden haben, können am Telefon die Situation richtig einschätzen und umgehend adäquate Maßnahmen einleiten. Da viele KundInnen über keinen Festnetzanschluss mehr verfügen, wurde die Funktion des Heimnotrufs mit einem GSM-Modul erweitert.

Der Heimnotruf des Samariterbundes Burgenlandes ist ein verlässliches Notfallsystem. Und das 365 Tage im Jahr und 24 Stunden am Tag.

Nähere Informationen unter [www.heimnotruf.at/burgenland](http://www.heimnotruf.at/burgenland) oder unter Telefon 02618/62082-185. ♦





# Sommerfrisch



Fotos: BKF

BKF Das Burgenland Fernsehen präsentiert „Sommerfrisch 2009“ mit Feri Tschank und seinem Team. Zeigen Sie das Beste aus Ihrer Gemeinde und präsentieren Sie sich einer breiten Öffentlichkeit. Die schönsten Seiten des Burgenlandes, zu sehen in den Sommermonaten im BKF.

**Bei Buchung über den Gemeindevertreterverband erhalten Sie 8 % Rabatt!**



## SAG'S MIT DEM BKF



Seit Anfang März haben alle BKF-Seher die Möglichkeit, sich über schöne Ereignisse wie Taufen, Hochzeiten, Geburten, Geburtstage oder Jahrestage **gemeinsam mit dem ganzen Burgenland zu freuen.**

BKF-Glückwunsch-Angebot an Mitglieder des Gemeindevertreterverbandes:

- 52 Glückwünsche um € 999,-
- 300 Glückwünsche um € 2.999,-

Weitere Infos und Bestellung unter [www.BKF.at](http://www.BKF.at)



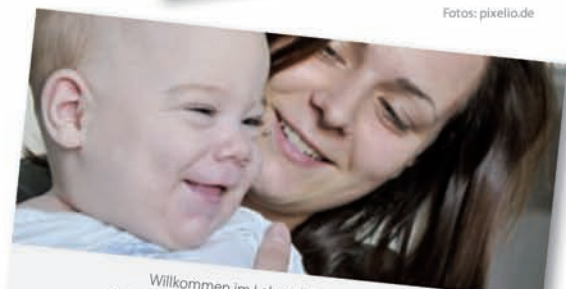
Liebe Anna & Thomas Meier!

Im Namen der gesamten Gemeinde möchte ich Ihnen recht herzlich zur Hochzeit gratulieren. Mögen Sie viele glückliche Jahre miteinander verbringen.

Ihr,  
Anton Huber

Bürgermeister von Kleindorf

Fotos: pixelio.de



Willkommen im Leben, kleiner Marc!  
Bürgermeisterin Wagner gratuliert ganz herzlich.

# 24. Europäischer Gemeindetag



**Vom 22. bis 24. 4. fand heuer in Malmö (SWE) der 24. Europäische Gemeindetag des RGRE unter dem Motto „Fit für die Zukunft?“ statt. Über 1000 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus 37 Staaten haben an dieser internationalen Tagung teilgenommen.**

Österreich war mit einer starken Delegation des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes vertreten.

Für den Österreichischen Gemeindebund waren der RGRE-Delegierte, Bgm. Arnold Marbek (Ktn.), Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer (SzbG.). GS Dr. Robert Hink (Wien) sowie der SPÖ-Vizepräsident, Bgm. Ernst Schmid in Malmö.

Schmid: „Der Europäische Gemeindetag hat gezeigt, dass Europas Kommunen und Regionen in einer guten Position sind, um eine Schlüsselrolle bei der Durchführung der Konjunktur- und Wirtschaftsprogramme zu spielen. Wir wissen, dass

Investitionen auf lokaler und regionaler Ebene die einzig wirklich wirksamen Mittel gegen eine Wirtschaftskrise sind.“

## Europäische Grundprinzipien

Der RGRE betonte erneut die Grundprinzipien zur Richtung, in die sich Europa entwickeln soll: Ein Europa, das sich nicht nach Innen wendet und Protektionismus ablehnt. Ein Europa der Toleranz und des Respekts, offen und ansprechbar für die Welt. Ein Europa mit einer starken sozialen Dimension. Ein Europa, nahe an seinen lokalen und regionalen Wurzeln und zu seinen lokal und regional gewählten Vertreterinnen und Vertretern. Ein

demokratisches Europa, das seine Bürgerinnen und Bürger beteiligt.

Schmid dazu: „Das Prinzip der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung muss innerhalb des europäischen Systems mehr Berücksichtigung finden. Der RGRE hat daher eine Charta als Aktionsgrundlage zum Schutz der Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung und der Subsidiarität hinsichtlich der öffentlichen Dienstleistungen, die von Kommunen und Regionen selbst oder in deren Auftrag erbracht werden, verabschiedet!“

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wurde 1951 von einer Gruppe von Bürgermeistern in Genf gegründet und hat später auch die regionale Ebene einbezogen. Heute ist der RGRE die größte Interessensvertretung der Städte, Gemeinden und Regionen auf europäischer Ebene. Seine Mitglieder sind nationale Städte- und Gemeindebünde bzw. Städtetage, Gemeinden und Regionen aus mehr als 30 Ländern. ♦



Europäischer Gemeindetag in Malmö, Schweden – v.l.n.r.: Arnold Marbek, Ilmar Reepalu, Ernst Schmid



Dornbirn, am 20. Februar 2009

## 56. Österreichischer Gemeindetag am 10. und 11. September 2009

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
der Vorarlberger Gemeindeverband freut sich, Sie in diesem Jahr beim Österreichischen Gemeindetag in Lech am Arlberg begrüßen zu dürfen. Aufgrund zahlreicher Anfragen, über die wir uns sehr freuen, dürfen wir Ihnen bekannt geben, dass die Anmeldung für den Österreichischen Gemeindetag mit April 2009 startet. Die Anmeldung erfolgt in digitaler Form über die Homepage

[www.gemeindtag.at](http://www.gemeindtag.at)

Über einen entsprechenden Link werden Sie dann zur Buchungszentrale geführt. Gerne steht Ihnen auch Lech-Zürs-Tourismus für Fragen und Auskünfte zur Verfügung.

Der Vorarlberger Gemeindeverband ist gemeinsam mit der Gemeinde Lech bemüht, für Sie einen interessanten und informativen Gemeindetag zu organisieren und hofft, dass Sie einen angenehmen Aufenthalt haben werden. Informationen über den Ablauf des Gemeindetages, insbesondere auch das breit gefächerte Rahmenprogramm, halten wir ebenfalls auf der Homepage

[www.gemeindtag.at](http://www.gemeindtag.at)

für Sie bereit.

Namens des Vorarlberger Gemeindeverbandes darf ich Sie deshalb nochmals sehr herzlich zum Österreichischen Gemeindetag in Lech am Arlberg, einem der größten Tourismusgemeinden Österreichs, sehr herzlich einladen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorarlberger Gemeindeverband:

Der Präsident:

Bürgermeister Mag. Wilfried Berchtold



## Mitradeln! Mitreden!

Gelebte Bürgernähe im Großformat: Mit einem großflächigen Fassadentransparent am Roten Haus in Eisenstadt (Bild oben), Plakaten, Anzeigen und im Internet lädt die SPÖ Burgenland zur diesjährigen Radtour mit LH Hans Niessl und dem Team Burgenland ein. „Die Meinung und die Ideen der Burgenländer sind uns wichtig. Deshalb versuchen wir im Zuge der Radtour mit so vielen Menschen wie möglich ins Gespräch zu kommen“, erklärt LH Hans Niessl bei der Plakatenthüllung in Eisenstadt.

Die Radtour findet heuer von 12. bis 18. Juli statt. Der Startschuss fällt im Bezirk Jennersdorf, der Zieleinlauf erfolgt in Frauenkirchen im Nordburgenland. Mehr Informationen zur SPÖ Burgenland-Radtour gibt es im Internet unter

[www.wirburgenlaender.at](http://www.wirburgenlaender.at)

und

[www.wirburgenlaenderinnen.at](http://www.wirburgenlaenderinnen.at)

## +++ kurz gemeldet +++

### +++ Arbeitsmarkt: Niessl-Paket greift

Den Rückgang der Arbeitslosigkeit im Burgenland um 6,5 Prozent zum Vormonat (7.033 Arbeitslose im April '09 zu 6.573 im Mai '09) wertete Soziallandesrat Dr. Peter Rezar als grundsätzlich positiv, dennoch sei die Situation am Arbeitsmarkt mit einem Plus von 22,2 Prozent im Vergleich zum Mai 2008 mehr als dramatisch. Das Mehr an Beschäftigung im Burgenland sei das Ergebnis des Wirtschaftsförderungspakets von LH Hans Niessl, das nunmehr nach dem lange dauernden Winter zu greifen beginne. Das Burgenland liege mit dem Anstieg um 22,2 Prozent (oder 1.194 Personen) unter dem Österreichdurchschnitt von 29,7 Prozent. Die Arbeitsmarktpulse im Burgenland beginnen zu greifen, das mache der Vergleich mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in anderen Bundesländern deutlich, so Rezar. Dramatisch sei die Situation immer noch bei Jugendlichen: Um diese zu unterstützen, habe das Land mit den Sozialpartnern und dem AMS Burgenland ein neun Million Euro-Jugendbeschäftigungspaket geschnürt, das rund 1.000 Jugendlichen die Chance auf Aus- und Weiterbildung bieten werde, unterstrich Rezar die zahlreichen Initiativen des Landes. Die ÖVP-Koalition mit den Freiheitlichen habe hingegen in der Phase der Rekordarbeitslosigkeit 2005 nichts getan! ♦

### +++ Gesundheit und Soziales: Mehr Geld

„Wir haben im Vorjahr ein Doppelbudget für die Jahre 2009 und 2010 erstellt. Aufgrund der wirtschaftlichen

Entwicklungen der letzten Monate haben wir die Koordinaten für das Haushaltsjahr neu festgelegt. Unser Grundsatz ist es, bessere Voraussetzungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise zu schaffen, um für das Burgenland mehr herauszuholen“, erklärt Finanzlandesrat Helmut Bieler. Der Titel „Verantwortung in schwierigen Zeiten“ treffe in keinem Bereich besser zu als für Gesundheit und Soziales. „Denn gerade in wirtschaftlich rezessiven Zeiten steigen die Bedürfnisse von sozial schwachen Menschen und solchen, die aufgrund von Personalabbau ihren Arbeitsplatz verlieren“, so Bieler.

Im Detail beträgt das Budget für Gesundheit und Soziales im Landesvoranschlag für 2010 etwa 199,2 Millionen Euro, bei einem Gesamtbudget von 1,065 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs von 9,75 Millionen Euro. Damit werden notwendige Mehrausgaben in verschiedensten Bereichen finanziert. ♦

# Erdgas



# PLUS

## Das Erdgas-PLUS:

informieren – sanieren – kassieren

Mit dem Austausch Ihres alten Heizgerätes im Rahmen der Energieoffensive der BEGAS und des Landes Burgenland können Sie bis 31.12.2009 je nach Variante profitieren:

€ 500,- mit dem **Energiespar-Scheck**

€ 2.200,- mit dem **Solar-Warmwasserscheck**

€ 3.300,- mit dem **Solar-Raumheizungsscheck**

Mit einem modernen Erdgas-Brennwertgerät in Kombination mit Solar sparen Sie zusätzlich:

bis zu 35 % Energie

bis zu 35 % Kosten

bis zu 35 % Emissionen

Informieren Sie sich jetzt unter

[www.begas.at](http://www.begas.at) oder 0800/888 999.

## Sanierungsoffensive 2009

Eine Initiative des Landeshauptmannes Hans Niessl.



# BEGAS

Gut für die Umwelt. Gut fürs Burgenland.

## Donau

Touristik GmbH - Schiffsreisen

## Donau

## Ihr Super-Betriebsausflug Wien-Bratislava per Schiff

Gleiten Sie mit unserer MS Kaiserin Elisabeth (zweitschnellstes Donauschiff für max. 600 Personen, 2 Restaurants, großzügige Freidecks, Bar usw.) durch den Nationalpark Donauauen in die Hauptstadt der Slowakei.

08.45 h ab Wien-Nußdorf

11.50 h an Bratislava

- Geführter Stadtrundgang (1 h)

16.00 h „Leinen los“ für die Kaiserin

- 4-Gang-Abendmenü inkl. 5 Getränke

17.30 h an Hainburg oder 21.15 h an Wien

Jeden Samstag/Sonntag/Montag bis 28. September.

Gruppenpreis für Schiff, 4-Gang-Menü, Guide in Bratislava, 5 Getränke (Bier, Wein, Kaffee, etc.)

€ 43,- pP (Gruppenpreis ab 15 Personen)

Nur die teilnehmenden Personen werden verrechnet!

Info: Donau Touristik Schifffahrt Tel. 070-2080  
[c.zoechbauer@donautouristik.at](mailto:c.zoechbauer@donautouristik.at)

## I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer

Gemeindevertreterverband

Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt

[www.gvvbgld.at](http://www.gvvbgld.at)

Redaktion: Media & Marketing

M.+I. Murczek OEG

Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.

Herstellung: Danek,

Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein

P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M